

# Kanonen statt Butter

Wenn Europa den Frieden, aber auch das eigene Wachstum fördern will, sollte es die Agrarsubventionen zurückfahren und stattdessen mehr in die Rüstungsindustrie investieren **VON MICHAEL DAUDERSTÄDT**

Die Europäische Union hat 2002 etwa 46 Mrd. € für die Landwirtschaft ausgegeben. Das ist knapp die Hälfte des Haushalts. Warum diese Ausgaben unsozial sind, ist bekannt: Das Geld fließt überwiegend an Großproduzenten; die Kleinbauern, die als Demonstrationsfutter in die Schlacht um die Gemeinsame Agrarpolitik geworfen werden, profitieren davon wenig. Die höheren Lebensmittelpreise, die der flankierende Agrarprotektionismus verursacht, treffen zudem die ärmeren Menschen am härtesten. Würden die Preise sinken, so stiegen die Realeinkommen und es würde Kaufkraft für zukunftssträchtigere Güter frei.

Die EU sollte dieses Geld deshalb besser für die Forschung, Entwicklung und Produktion von Rüstungsgütern einsetzen. Eine stärkere europäische Rolle in diesem Feld würde die Gründungs-idee der Einigung, die gemeinsame Kontrolle über strategische Wirtschaftszweige fortsetzen. Die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl sollte zwei Sektoren einer gemeinsamen Regie unterwerfen, die von vielen als die Motoren des nationalen Wettkampfes, aber auch als Schmieden zweier Weltkriege angesehen wurden. Eine gemeinsame EU-Rüstungspolitik verstärkt dieses alte Projekt der Friedenssicherung in Europa.

Bei der Rüstungspolitik handelt es sich um ein Politikfeld, in

dem die Bündelung von Ressourcen echten Mehrwert erzeugt. Im Gegensatz dazu hat die Agrarpolitik als Sozialpolitik nichts auf der europäischen Ebene zu suchen. Europäisch müssen nur die wettbewerbspolitischen Implikationen nationaler Agrarpolitiken geregelt werden. In der Rüstungspolitik hingegen stellen sich wettbewerbspolitische Überlegungen ganz anders dar, da die Abnehmer letztlich ausschließlich Staaten sind.

Traditionell haben diese eigene nationale Anbieter aus sicherheits- wie auch wirtschaftspolitischen Motiven bevorzugt. Eine stärkere europäische Rolle würde den Wettbewerb steigern. Economies of Scale, größere und langfristige Projekte, würden verbilligt und somit ermöglicht.

Die in der Agrarpolitik untergeplügten Steuergelder konservieren alte Produktionsstrukturen und schaffen kein Wachstum. Geld für Rüstung erzeugt hingegen eine Menge von so genannten Spill-over-Effekten, die zur Entwicklung neuer Produkte und Technologien beitragen, die wiederum mehr Nachfrage und höhere Produktivität ermöglichen. Die amerikanische Position in vielen Hightech-Branchen ist überwiegend auf die Forschungs- und Entwicklungspolitik des Pentagon in Gestalt

der Darpa (Defense Advanced Research Projects Agency) zurückzuführen, die etwa bei der Entstehung des Internets eine wichtige Rolle spielte.

Es geht nicht darum, Europa als Militärmacht, die anderen Großmächten die Stirn bieten kann, zu etablieren. Die Rüstungspolitik der EU sollte den zentralen friedens- und sicherheitspolitischen Zielen der Union dienen: Die Herausforderungen von Terrorismus, so genannten Failed States und Massenvernichtungswaffen

erfordern andere Kapazitäten als die nukleare Abschreckung oder die Panzerarmeen der Territorialverteidigung gegen Nachbarstaaten.

In der offensiven Bekämpfung muss die Rüstung ein Militär ausstatten, dessen Einsatzprinzipien einer globalen Polizeitruppe entsprechen. Das Zerstörungspotenzial muss präzise sein, um unschuldige Opfer zu vermeiden. Und das Einsatzgebiet ist oft außerhalb Europas. In der defensiven Verteidigung gilt es, die Abwehrkräfte vor allem zum Schutz der sensiblen Bereiche der europäischen Infrastruktur, Wirtschaft und Gesellschaft zu stärken, also etwa den Schutz der Kommunikations- und Informationssysteme, der modernen Transportinfrastruktur mit ihren erheblichen Risiken, der Nuklear-

anlagen und vor allem der Gesundheit der Menschen angesichts von biologischen und chemischen Waffen und Seuchen.

Auch mit den Geldern aus der Agrarpolitik kann die EU nicht alle diese Aufgaben lösen. Immerhin aber könnte die Gemeinschaft eine europäische Sicherheitspolitik mittelfristig mit einem Kern harter Kompetenzen ausstatten. Das ist erst recht kein Problem, wenn bestimmte Projekte gemischt finanziert würden, indem auch nationale Haushaltsmittel eingesetzt werden.

Natürlich kann man die Mittel aus der Agrarpolitik nicht von heute auf morgen umschichten. Vielmehr sollte die EU das Geld stufenweise in die Rüstungspolitik verlagern. Dieses „Phasing In/Phasing Out“ erleichtert es nicht nur den Nutznießern der Agrarpolitik, sich anzupassen. Darüber hinaus kann die Union verhindern, dass zu viel Geld in wenig sinnvolle Rüstungsprojekte fließt. Schließlich müssen auch diese zunächst einmal geplant werden.

Europa braucht eine gemeinsame Rüstungspolitik statt der Gemeinsamen Agrarpolitik, also Kanonen statt Butter. Auf diese Weise würden das Wachstum in Europa gestärkt, die soziale Gerechtigkeit verbessert und die Beschäftigung erhöht – und der Frieden und die Sicherheit in der Welt verbessert.

**MICHAEL DAUDERSTÄDT** ist Leiter der Internationalen Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

*Die Agrarmittel könnten die Basis für eine neue Sicherheitspolitik bilden*